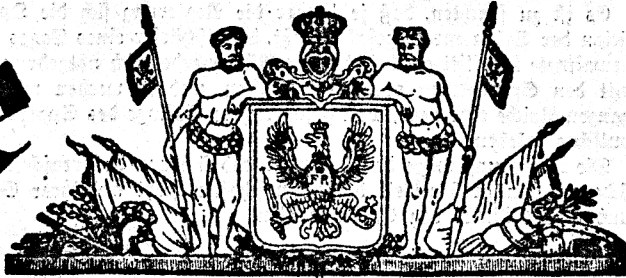


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1764

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypothek- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, literarische Umschau, wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder viertelj. 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 1 M. u. 30%, Fenerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Die Nationalversammlung nach Ostern in Berlin.

David Präsident der Nationalversammlung. — Teilnahme der Deutschnationalen am Präsidium.

### Die Präsidentenwahl.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.  
bhd Weimar, 7. Februar.

Zu Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurden zunächst vom Schriftführer die Telegramme von Frankfurt als Sitz der 1. deutschen Nationalversammlung samt der zweiten gesetzgebenden Tochter deutscher Revolution Glückwünsche und Grüße. Der Rürntner Sandt, die deutsch-böhmische Regierung begrüßten die deutschen Abgeordneten.

Nach jedem der Telegramme stellte sich lebhafter Beifall ein. Besonders scharf ertönten die beifälligen Rundgebungen bei der Verlesung eines Glückwunsches, der sich dahin aussprach, daß die Tat der Nationalversammlung die schnelle Auflösung aller A- und S.-Räte sein möge. Die Unabhängigen antworteten mit Pfiffen, als im zweiten Teile jenes Telegramm die Wahl Hindenburgs zum provisorischen Präsidenten verlangt wurde. Erneut brach als Antwort auf die sichtlich gezwungene Demonstration der Unabhängigen lebhafter Beifall beim größten Teile des Hauses aus. Gleich danach wurde ein Telegramm verlesen, das Walter Rathenau als provisorischen Präsidenten empfahl.

Der Alterspräsident Pfannkuch leitete mit wenigen Worten die Handlung für die Wahl des Präsidenten. Aus der Zettelwahl ging nach der Abstimmung der Parteien als Präsident der deutschen Nationalversammlung der bisherige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und Mehrheitssozialdemokrat Dr. David hervor. Die Rede des Abg. Dr. David fesselte vom ersten Augenblick an ungemein die Aufmerksamkeit der Versammlung. Er schloß mit klaren Worten und weithin tönender Stimme aus, daß Demokratie nicht nur gleiche Rechte, sondern auch gleiche Pflichten und freiwillige Untergebungen des Einzelnen unter die Gesamtheit bedinge. Er verspreche als Präsident des deutschen Parlaments Hüter des freien Worts zu bleiben. Er freute sich über die starke nationale Note, die sich im zweiten Teile der Davidschen Rede bemerkbar machte, und der Funke nationaler Begeisterung sprang aus seinen Worten in die Versammlung über und zündete in den Herzen der Abgeordneten. Insbesondere löste es brausenden Beifall aus, als er erklärte, daß Elsaß-Lothringen vorläufig noch deutsches Land sei, und daß das deutsche Volk und seine Vertretung unter allen Umständen darauf bestanden werde, daß über das Schicksal dieses Landes nur nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker beschlossen werde, so wie es in den Wilsonschen Friedensbedingungen verbriefet sei. Starke Zustimmung erfolgte, als der neugewählte Präsident die Hoffnung kundgab, bald die Brüder Deutsch-Osterreichs im Saale begrüßen zu können. In diesem Punkte war die Stimmung der Versammlung bei weitem empfangsfreudiger als am Tage vorher, und das Gesicht des deutsch-österreichischen Gesandten Dr. Ludo Hartmann spiegelte freudige Erregung über die spontanen Ovationen wieder, die den Worten des Präsidenten David gefolgt waren. Wie eng über die Schranken der Parteien hinweg der nationale Gedanke das gesamte Volk umschließt, zeigte sich jetzt recht deutlich darin, daß in die Beifallsbezeugungen des sozialdemokratischen Präsidenten ohne jedes Besinnen auch die rechtsstehenden Parteien einstimmten. In diesem Moment kam zum Ausdruck, daß ein Präsident mit solchen Empfindungen, gleichgültig, welcher Partei er entstammt, immer der Präsident der gesamten Nationalversammlung sein wird. Möge diese einstimmige Beifallsdemonstration, während der auch die unabhängigen Sozialdemokraten sich jeder Äußerung enthielten, ein Zeichen dafür sein, daß der neue Parlamentarismus, wenigstens in den großen nationalen Fragen, sämtliche Fraktionen einen wird.

Bei der Wahl des Vizepräsidenten gab es eine Ueberzeugung. Es war anscheinend zwischen den Fraktionen die Vereinbarung getroffen worden, die Wahl des Vizepräsidenten durch Zuzuf vorzunehmen. Die Mehrheit des Parlaments schien der Meinung zu sein, daß dieser Abmachung auch die unabhängigen Sozialdemokraten sich angeschlossen hätten. So beantragte denn der Abg. Gröber die Wahl durch Zuzuf, und es herrschte allgemeines Erstaunen, als der Abg. Haase Widerspruch erhob. Es mußten demnach die drei Vizepräsidenten durch Stimmentz gewählt werden. Aber es wurden, weniger mit Zustimmung

der Unabhängigen, sämtliche Namen auf einem Zettel verzeichnet. Aus der Wahl gingen der frühere Reichstagspräsident Fehrenbach, der frühere Staatssekretär Haußmann und der deutschnationale Abg. Dietrich hervor. Die Unabhängigen demonstrierten durch Abgabe weißer Stimmzettel.

In der heutigen Sitzung wird die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die vorläufige Reichsgewalt beginnen. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, soll am Sonnabend die erste Lesung dieses Gesetzesentwurfes zu Ende geführt werden. Unstimmigkeiten die sich möglicherweise ergeben, sollen in interfraktionellen Besprechungen bis Montag ausgeglichen werden, so daß Montag in die zweite Lesung eingetreten werden kann; diese hofft man am Dienstag zu Ende zu führen. Eine Ueberweisung an eine Kommission ist nicht in Aussicht genommen.

### Das Ergebnis der Wahl.

Drahtmeldung.

Weimar, 7. Februar. (W. L. B.)

Bei der Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung erhielt von den abgegebenen 399 Stimmen Dr. David (Sozialdemokrat) 374 Stimmen. 3 Stimmen gesplittert; 22 Zettel unbeschrieben. — Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Fehrenbach (Zentrum) mit 374, Haußmann (Deutscher Demokrat) mit 374 und Dietrich (Deutsch-Nat.) mit 368 Stimmen. 25 Stimmzettel waren ungültig. Die gewählten Abgeordneten erklärten, daß sie die Wahl annehmen. (Siehe den Verhandlungsbericht in der zweiten Beilage.)

Die sozialdemokratische Fraktion schlug, wie der „Vorwärts“ melde, einstimmig Ebert zum provisorischen Reichspräsidenten vor.

### Die Nationalversammlung kommt nach Berlin.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

\* Weimar, 7. Februar.

Bei den Besprechungen über den Geschäftsgang der Nationalversammlung ist man zu der Ueberzeugung gelangt, daß es unmöglich sein werde, in der vorgesehenen Frist von zwei Monaten die Arbeiten zu erledigen. Die Parteien sind deshalb mit der Regierung in Verhandlungen eingetreten, und diese hat ihre Zustimmung dazu gegeben, nach den Osterferien, die am 11. April beginnen sollen, eine zweite Tagung einzuberufen, und zwar nach Berlin.

Der interfraktionelle Ausschuss trat gestern vormittag zusammen, um über die Einsetzung eines ständigen Ausschusses zu beraten, der sich mit den laufenden wichtigen Fragen mit Ausnahme der Verfassungsfragen zu beschäftigen hätte.

Das Zentrum hat bereits bestimmte Forderungen für die endgültige Verfassung angemeldet, so z. B., daß die Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung ausdrücklich ausgedrückt werden müsse. Trotzdem wird in Mehrheitskreisen an der Ueberzeugung festgehalten, daß das Zentrum sich an der Bildung des Koalitionsministeriums beteiligen werde.

Verhaftung des Dr. Levien. Aus München wird gemeldet: Der in Moskau geborene, in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit vielfach hervorgetretene Dr. Levien ist wegen seiner Umtriebe, die letzten Endes darauf abzielten, den Bürgerkrieg nach Berliner partalistischem Muster auch in München zu entfesseln, verhaftet worden. Es ist ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden. Da der Verdacht einer geistigen Erkrankung bei ihm besteht, wird er in dem Verfahren auch auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

### Die Forderungen der Soldatenräte

Von  
Wilm v. Arnim,  
Hauptmann im Generalstab.

Am 10. Januar hat der Kriegsminister in einem Erlaß die Frage der Kommandogewalt in der Armee neu geregelt. Die Führer sollen vom Kriegsminister ernannt werden, Soldaten- und Vertrauensräten wird aber die Möglichkeit gegeben, durch Bericht und Antrag die Nominierung oder Entfernung unliebsamer Vorgesetzter zu erwirken.

Die Kommandogewalt in allen rein militärischen Angelegenheiten hat der Führer. Die Befugnisse der Räte erstrecken sich auf das Gebiet des Politischen und der Verwaltung. Dieser Erlaß sollte einen Kompromiß zwischen den Wünschen der Soldatenräte und der Offiziere darstellen. Er hat beide Teile nicht befriedigt.

Den Räten scheinen die Erregungen, Hasen der Revolution gefährdet, die Offiziere erblicken eine Beleidigung und noch nie dagewesene Zumutung darin, daß Führer von Untergebenen kontrolliert, gewählt und abgesetzt werden sollen.

Der Konflikt, der schon seit der Revolution bestand, jede praktische Arbeit hindernd und den Schutz unserer Disziplin in Frage stellend, hat jetzt eine solche Schärfe erlangt, daß, wenn keine Einigung erfolgt, völlige Auflösung des Heeres das beste wäre. Denn für eine Armee, in der lediglich politische Ringkämpfe aufgeführt werden und die weder willens noch imstande ist, Ordnung im Innern zu schaffen und Schutz nach außen zu gewähren, für eine solche Armee darf das deutsche Volk nicht einen Pfennig geschweige denn täglich viele Millionen ausgeben. Wie kann eine Einigung erzielt werden? Die Forderungen der Soldatenräte laufen darauf hinaus, daß jedem Führer vom Kompaniechef bis zum Kriegsminister ein Soldatenrat beigelegt wird, der die Kommandogewalt mit ihm teilt. Die Truppen sollen ihre Führer selbst wählen und sie ohne weiteres absetzen können, „wenn sie ihr Vertrauen nicht mehr genießen“.

Jedem klarsehenden Nichtsoldaten wird ohne weiteres einleuchten, daß derartige Einrichtungen zu Unordnung und Auflösung führen müssen, selbst bei nicht militärischen Organisationen.

Wie denken sich die Soldatenräte den Gang der Dinge, wenn der Führer befohlen hat, z. B. ein von Minderern besetztes Haus zu stürmen oder einen feindlichen Angriff abzuwehren und der Soldatenrat den Befehl aufhebt? Und wie, wenn innerhalb des Soldatenrates selbst Unstimmigkeit herrscht? Wem soll die Truppe folgen? Soll man beraten oder sich in mehrere Parteien spalten? Kann man leugnen, daß das unhaltbare Zustände wären?

Durch das Recht der Wahl und Abhebung hat die Truppe die Führer völlig in der Hand. Das wäre schon in gewöhnlichen Zeiten so gewesen, um wieviel mehr aber in unseren unruhigen Tagen, wo Meinungsverschiedenheiten in politischen Tagesfragen als Abhebungsgrund genügen würden. Gängen die Führer aber an ihrer Stellung, so werden sie sich zu unwürdiger Kriecherei vor ihren Untergebenen herablassen und vor jeder Denunziation ihrer Vertrauenswürdigkeit zittern müssen. Es erhebt sich ferner die Frage: Sind die Soldatenräte überhaupt imstande, die Aufgaben zu erfüllen, die sie sich aufladen, denn es geht doch nicht an, den Führer die ganze Arbeit allein verrichten zu lassen, um dann seine Anordnungen willkürlich zu durchkreuzen. Gerade die Angehörigen der Armee sind zuweilen ganz junge Leute. Ohne Zweifel haben jetzt eine ganze Anzahl kriegserfahrener Mannschaften Einblick in das militärische Getriebe gewonnen, aber auch diese sehen nur einen Ausschnitt des Ganzen; es fehlt ihnen die Ueberfahrt und die Erkenntnis der Zusammenhänge und der Folgen ihres Handelns. Scheiden aber die Kriegserprobten Mannschaften an und treten jüngere Jahrgänge, wohl gar zu 1/2-jähriger oder einjähriger Dienstzeit ein, so wird es schwierig sein, aus ihren Kreisen genügend gefestigte und reife Persönlichkeiten zu finden, die imstande sind, als Soldatenräte zweckdienliche und entscheidende Befehle zu geben und die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Es wird die Gefahr bestehen, daß die jungen Leute Maulhelden und Schwabronneuren ihr Vertrauen schenken und den Führern die ungeeignetsten Elemente zu Mitarbeitern geben, zum Schaden des Ganzen. Diese jungen Leute werden auch aus willkürlichen Gründen und bei den geringsten Anlässen ihre Führer absetzen, unbedünnt um die schädlichen Folgen der Unfertigkeit. So machen die Soldatenräte durch ihre Uebertriebenen Forderungen die Sicherheit und Wohlfahrt des Landes von der Laune 20jähriger Neulinge abhängig.

Es scheint fast, als richteten sich die geforderten Maßnahmen lediglich gegen die Offiziere, die man als Anhänger des alten Regimes beargwöhnt, als wären es politische und nicht sachdien-